

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Tagespreis monatlich 2,-, 3-Monatspreis 5,-, halbjährlich 10,-, jährlich 20,-. Alle Postämter, Postämter und Geschäftsstellen sind an den Wilsdruffer Tagen zu bestellen. Einzelhefte 10 Pf. Die Wilsdruffer Tageblätter sind in allen Buchhandlungen, in den Postämtern und in den Vertriebsstellen zu bekommen. Die Wilsdruffer Tageblätter sind in allen Buchhandlungen, in den Postämtern und in den Vertriebsstellen zu bekommen. Die Wilsdruffer Tageblätter sind in allen Buchhandlungen, in den Postämtern und in den Vertriebsstellen zu bekommen.

Wilsdruffer Tageblatt Nr. 6
Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6
Kriegs- und Platzverordnungen sind in den Vertriebsstellen zu bekommen. Die Wilsdruffer Tageblätter sind in allen Buchhandlungen, in den Postämtern und in den Vertriebsstellen zu bekommen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 190 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Montag, den 15. August 1932

Der Schrei nach der „prosperity“.

Nun beginnt auch Präsident Hoover um sein Amt zu kämpfen, genauer gesagt: um die Wiederwahl in sein Amt. Leicht hat er es nicht. Denn unter seiner Präsidentschaft kam es zu dem jähen tiefen Sturz der Vereinigten Staaten von der Höhe der „prosperity“, der wirtschaftlichen Blüte, hinab in den Abgrund eines furchtbaren Wirtschaftszusammenbruchs. Gewiß hat Hoover als Präsident die verzweifeltsten Anstrengungen gemacht, um den Sturz aufzuhalten, entwickelte dann einen schier übermenschlichen Eifer, um Amerika wieder aus dem Abgrund heraus- und herauszubringen, — aber bisher blieb der sichtbare Erfolg aus. Und als Parole für einen Wahlkampf ist es zu wenig, wieder darauf verweisen zu wollen, daß jene Anstrengungen viel Schlimmeres, einen noch tieferen Sturz verhindert hätten, daß dieser Eifer immer wieder auf gewisse europäische Widerstände oder gar Feindseligkeiten stieß. Die „prosperity“ ist weg, mehr als 12 Millionen Arbeitslose liegen buchstäblich auf der Straße, und daher jagt die Masse nur allzu leicht dem Phantom einer neuen „prosperity“ nach, die ihr von unbedeutlichen Wahlrednern und schnell — versprochen werden dürfte. Den Amerikanern ist es ja seit dem Ausbruch des Weltkrieges mit einer kurzen, wenig bedeutenden Krisenunterbrechung wirtschaftlich glänzend gegangen, — auf Kosten Europas. Daher bringt man auch heute noch einen unentwegten Optimismus mit hinein in die Wahlversprechungen, einen Glauben, der die Wiederkehr der „prosperity“ nicht für ein Wunder, sondern für eine Selbstverständlichkeit hält, wofern nur die „richtigen“ Maßnahmen von der Regierung, also vom künftigen Präsidenten selbst getroffen werden.

Auf Europa ist man dabei nicht besonders gut zu sprechen, und wenn von dorther der Ruf nach Erlaß z. B. der interalliierten Schulden kommt, so mögen manche Amerikaner, viele, vielleicht alle der Ansicht sein, daß Europa selbst gezeigt hat, wie wenig es das „Hoover-Festjahr“ verdient hat. Präsident Hoover erklärte daher — und sein Gegenüber von den Demokraten, Gouverneur Roosevelt tut dasselbe — in seiner ersten Wahlrede, sein Standpunkt und der seiner republikanischen Partei in der „Schuldenfrage“ sei nach wie vor derselbe: Die Schuldnerstaaten müssen zahlen, wozu sie sich verpflichtet hätten. Sie sollten nur ordentlich — abzahlen, dann wäre es ihnen leicht möglich, ihren Verpflichtungen nachzukommen! Auch sonst sagt Hoover dem „alten Europa“ deutlich und drastisch seine Meinung hinsichtlich der „Friedensschuld“ der Versailler und sonstigen Diktate, die eine politische Instabilität herbeigeführt hätten und deren Aufrechterhaltung einer der schlimmsten Gründe für die allgemeine Wirtschaftsdpression wäre. Allerdings ist Hoover nicht auf die Rolle eingegangen, die sein Amtsvorgänger Woodrow Wilson in dieser Schicksalsbeschwörung gespielt hat! Der hat der Welt den Frieden bringen sollen, und hat es nicht verhindert, daß ihr eine in ihren Folgen jetzt so furchtbar zutage getretene „Fortsetzung des Krieges“ bescherit werden durfte.

Insmerhin mag wohl auch der Durchschnittsamerikaner die Kriegsschulden der früheren Alliierten als eine „dubiose Forderung“ betrachten, und größte Zweifel hegen, ob sie eintreibbar ist oder gar den Weg zu einer neuen „prosperity“ ebnet. Jedenfalls ist Herrn Hoover der Spatz in der Hand lieber als die schönste „Kriegsschulden“-Zaube auf dem Dache, und er für seine Person würde mit sich reden lassen, wenn die Schuldner der Vereinigten Staaten sich ein Späglein in die Hand geben würden: eine Vergrößerung der Abnahmöglichkeiten für die agrarischen und industriellen Erzeugnisse Amerikas im Auslande. Hoover will also — ein durchaus verständiger und naheliegender Gedanke — die Kriegsschulden als Sturmbock gegen die Zoll- und Devisenwirtschaftsmauern benutzen, mit denen sich die Völker umgeben haben. Vielleicht hat Hoover dabei auch einen kleinen Seitenblick auf die englische Reichskonferenz in Ottawa hingeworfen, wo sich ja Zoll- und handelspolitisch „allhand tut“, was auch für die kommende Weltwirtschaftskonferenz von nicht unerheblicher Bedeutung ist. Auch nicht unwesentlich dafür, ob es wieder einmal zu einer „prosperity“ in Amerika kommen kann. Doch ist dies ebenso wie die Wiederkehr der „prosperity“ überhaupt in der Welt vor allem davon abhängig, daß der alles zerstörende Weltwirtschaftskrieg aller Völker gegen alle durch einen Frieden beendet wird, der besser ist als jener, mit dem man in Versailles den Weltkrieg abzuschließen versuchte.

Der neue Kurs im Rundfunk.

Berlin, 14. August. Die Reichsrundfunkgesellschaft teilt mit: Der Rundfunk-Kommissar des Reichsministers des Innern, Dr. Scholz, hat Dr. Gustav Krulenberg zu seinem persönlichen Referenten ernannt. Mit der kommissarischen Bearbeitung der in die Zuständigkeit der Reichsrundfunkgesellschaft fallenden Programmfragen sind der Direktor der Norddeutschen Rundfunkgesellschaft in Hamburg, Dr. Kurt Stapelfeldt und Walter Beumelburg beauftragt worden.

Reichsregierung Papen bleibt zunächst

Ergebnislose Verhandlungen mit Hitler.

Neubestätigung des Kabinetts Papen.
Der Parteiführer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, wurde am Sonnabend, nachmittag um 16.15 Uhr vom Reichspräsidenten zu der entscheidenden Unterredung über die Regierungsumbildung empfangen.
Der Empfang Hitlers beim Reichspräsidenten dauerte nur eine Viertelstunde. Dem Empfang wohnten der Reichskanzler sowie der Staatssekretär Reichner, von nationalsozialistischer Seite Hauptmann Röhm und der Abgeordnete Friedl bei.
Die Unterredung verlief völlig ergebnislos. Die Reichsregierung von Papen bleibt unverändert im Amt.

In der glühenden Augustsonne, in der schattenlosen Wilhelmstraße in Berlin, wo die Gebäude der Reichsregierung liegen, standen Tausende von Menschen und hatten ihren Blick auf die beiden Vorgartenportale gerichtet, die zum Palais des Reichskanzlers führen. Im gleichen Hause hat auch der Reichspräsident vorübergehend Wohnung genommen, weil in seinem Palais, das einige Häuser weiter liegt, Bauarbeiter und Handwerker des Reichskanzlerpalais, der sogenannten Reichsstarke, weit die Präsidentenflagege, woran jeder erkennen kann, daß Hindenburg anwesend ist. Gerade um die Mittagszeit des Sonnabends, als die Sonne am besten brannte, stauten sich die Massen in der Wilhelmstraße, die Polizei mußte Absperren vornehmen, die Autos mußten Umwege machen. Als ein kleines niedriges Auto vorfuhr, ertönten laute Heulrufe. Wer in dem Auto saß, war für die meisten nicht zu erkennen, aber Hitlers Anhänger wußten, daß es ihr Führer war, und begrüßten ihn. Stundenlang wartete die Menge. Eine Stunde etwa dauerte die Aussprache Hitlers mit dem Reichskanzler, und bald darauf sollte die noch weit wichtigere Unterredung Hitlers mit dem Reichspräsidenten stattfinden. In der Menge hatten sich überall Gruppen gebildet, in denen lebhaft über die möglichen Entscheidungen debattiert wurde.

Als Hitler zum Reichskanzler kam, hatte er bereits Reichswehrminister von Schleicher einen Besuch abgestattet. Herr von Papen war über die Wünsche des nationalsozialistischen Parteiführers am Tage zuvor durch die Beauftragten Hitlers, Hauptmann a. D. Röhm und Grafen Helldorf, Führer der Berliner SA, unterrichtet worden. Beide waren auch beim Reichswehrminister gewesen, ebenso bei dem Chef des Reichspräsidentenbüros, Staatssekretär Reichner. Hitlers Besuch in der Reichskanzlei sollte die Entscheidung bringen. Der Reichspräsident selbst drängte auf schnellen Abschluß der Verhandlungen.

Die ersten Nachrichten über Hitlers Aussprache mit dem Reichskanzler gaben wenig Hoffnung auf eine Einigung. Hitler, so wurde mitgeteilt, sei in der Unterredung bei der Forderung geblieben, die seine Presse schon seit Tagen ankündigte, bei der Forderung, daß ihm, dem Führer der Nationalsozialisten, das Kanzleramt übergeben werde und daß er eine ausschlaggebende Stellung in der Reichsregierung erhalten müsse. Der Reichskanzler erklärte, nicht in der Lage zu sein, diese für ihn zu weitgehende Forderung anzunehmen, und machte Hitler Gegenvorschläge. Er schlug vor, Hitler solle den Posten eines Vizekanzlers übernehmen und gleichzeitig das Amt des preußischen Ministerpräsidenten. Diese Vorschläge Papens wurden aber von Hitler abgelehnt.
So war der Stand der Dinge, als Hitler in den Nachmittagsstunden zum Reichspräsidenten fuhr...

Hitlers Empfang bei Hindenburg.

Aber die mit Spannung erwartete Unterredung, die der Reichspräsident mit dem Führer der Nationalsozialisten, Hitler, hatte, wird nunmehr folgende amtliche Darstellung gegeben:

Reichspräsident von Hindenburg empfing in Gegenwart des Reichskanzlers von Papen den Führer der NSDAP, Adolf Hitler, zu einer Besprechung über die politische Lage und die Frage der Umbildung der Reichsregierung.

Der Reichspräsident richtete an Hitler die Frage, ob er bereit sei, selbst sowie mit anderen geeigneten Persönlichkeiten der NSDAP, in die von dem Reichskanzler von Papen geleitete Regierung einzutreten. Herr Hitler verzichtete dies und stellte an den Herrn Reichsprä-

denken die Forderung, ihm die Führung der Reichsregierung und die gesamte Staatsgewalt in vollem Umfange zu übertragen.

Reichspräsident von Hindenburg lehnte diese Forderung sehr bestimmt mit der Begründung ab, daß er es vor seinem Gewissen und seinen Pflichten dem Vaterlande gegenüber nicht verantworten könne, die gesamte Regierungsgewalt ausschließlich der nationalsozialistischen Bewegung zu übertragen, die diese Macht einseitig anzuwenden gewillt sei. Er bedauerte, daß Herr Hitler sich nicht in der Lage sehe, entsprechend seinen vor den Reichstagswahlen abgegebenen Erklärungen eine vom Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten berufene nationale Regierung zu unterstützen.

Die Aussprache schloß alsdann mit einer ersten Mahnung des Reichspräsidenten an Hitler, die von ihm angeforderte Opposition der NSDAP, ritterlich zu führen und seiner Verantwortung vor dem Vaterlande und vor dem deutschen Volke bewußt zu bleiben.

Vor dem Empfang bei dem Herrn Reichspräsidenten hatte im Laufe des Vormittags eine Aussprache des Reichskanzlers mit Herrn Hitler stattgefunden. In dieser Aussprache hatte sich der Reichskanzler erboten, dem Herrn Reichspräsidenten Herrn Hitler als Vizekanzler in der gegenwärtigen Regierung vorzuschlagen und ferner einige weitere geeignete Persönlichkeiten aus der nationalsozialistischen Bewegung mit wichtigen politischen und fachlichen Ministerien zu betrauen, um dieser Bewegung einen ihrer Stärke entsprechenden Einfluß auf die Staatsführung einzuräumen.

Aus gut unterrichteter privater Quelle verkantet, daß das Auftreten des Reichspräsidenten in der Besprechung mit den nationalsozialistischen Führern sehr bestimmt, würdig und klar war.

Der Reichspräsident habe auch durchblicken lassen, daß er gewillt und in der Lage sei, jeden etwaigen Versuch einer jevaltsamen Neuregelung der Reichsverhältnisse zurückzuschlagen.

Beschleunigte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Der Reichspräsident brachte, wie weiter amtlich mitgeteilt wird, vor seiner Abreise nach Neudeck gegenüber dem Reichskanzler, der sich von ihm verabschiedete, zum Ausdruck, daß — nachdem nunmehr Klarheit über die politische Lage geschaffen sei — mit der größten Beschleunigung die zur Behebung der Arbeitslosigkeit vorordentlichen Aufgaben gefördert werden müßten. Der Reichspräsident erklärte hierbei dem Reichskanzler, daß er seiner tatkräftigen Unterstützung bei der Erledigung dieser Aufgaben gewillt sein könne.

Eine Erklärung der Nationalsozialisten.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP teilt mit: „Der Führer wurde zu Besprechungen zum Reichskanzler von Papen und im Anschluß daran zu Reichspräsident von Hindenburg gebeten. Auf die ihm vorgelegten Fragen, ob er und die Partei bereit seien, in eine Regierung von Papen zur Mitarbeit einzutreten, erklärte der Führer: Wir sind gewillt und entschlossen, die volle Verantwortung für die deutsche Politik in jeder Beziehung zu übernehmen, wenn man uns dafür die notwendige Führung der Regierung anbietet. Ist das nicht der Fall, so kann die nationalsozialistische Bewegung weder an der Macht noch an der Verantwortung teilnehmen. Insbesondere kommt ein Eintritt in die Regierung Papen für die Partei nicht in Frage.“

Da aber der Reichspräsident von Hindenburg es ablehnte, die nationalsozialistische Bewegung als stärkste Partei mit der Führung der Regierung zu betrauen, wurden die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen.

Die nunmehr getroffenen Maßnahmen für die weitere Fortführung des Kampfes der nationalsozialistischen Bewegung werden in einer in der kommenden Woche stattfindenden Führertagung bekanntgegeben werden.

Der Führer verließ noch am Sonnabend Berlin. Zu dem amtlichen Communiqué über die Zusammenkunft Hitler-Hindenburg-Papen, das in manchen Punkten nicht unbedeutende Unrichtigkeiten enthält, wird die NSDAP. noch Stellung nehmen.“

Unterhaltungen mit Papen und Schleicher.

Was dänische Blätter erzählen.

Ein dänisches Blatt bringt eine Unterhaltung des englischen Oberst Stirling mit dem Reichskanzler von Papen. Papen äußerte, er glaube, daß das deutsche Volk müde sei, von Parteien regiert zu werden. Er halte es nicht für notwendig, daß eine Regierung bestimmte Par-